

Konjunkturprognose 2013: Eurokrise kostet Auftrieb¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur hat sich seit der Mitte des Jahres 2011 zunehmend abgekühlt. Dies machte sich, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen wichtigen Wirtschaftsregionen bemerkbar und ließ den Welthandel in den zurückliegenden eineinhalb Jahren kontinuierlich an Schwung verlieren. Das Nachlassen der globalen Konjunkturdynamik ist vor allem auf die gewaltigen Anpassungsprozesse zurückzuführen, die sich aktuell im Euroraum vollziehen. Sowohl der Staat als auch die privaten Akteure haben begonnen, ihre Finanzen zu konsolidieren, was die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern schwer belastet. Hinzu kam, dass die Sorgen um die Solvenz von Staat und Bankensystem in den Krisenländern des Euroraums sowie das Risiko ungeordneter Austritte aus der europäischen Währungsunion weltweit Investoren, Produzenten und Konsumenten verunsicherten.

Auch in den USA waren viele private Haushalte bemüht, ihre Verschuldung auf ein tragbares Niveau zurückzufahren. Dieser Prozess dämpfte die Konsumkonjunktur. Belastend wirkte zudem die Unsicherheit darüber, wie die Finanzpolitik zukünftig ausgerichtet sein wird. Vor allem die Gefahr drastischer Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Zuge einer möglichen „fiskalischen Klippe“ zu Beginn des Jahres 2013 hatte Investoren nicht nur in den USA Sorgen bereitet.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich vom Fortgang der Eurokrise ab. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass es im Prognosezeitraum zu keiner weiteren Eskalation der Eurokrise kommt (Basisszenario). Dies setzt voraus, dass die Krisenländer strikt am Kurs der fiskalischen Konsolidierung festhalten und die in vielen Bereichen geplanten Strukturereformen umsetzen. Es bedeutet aber auch, dass weitere Länder des Euroraums, z. B. Frankreich, die bereits beschlossenen oder zumindest anvisierten Maßnahmen zur Reduktion der öffentlichen Defizite und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit implementieren.

Soweit sich dieses Basisszenario realisiert, dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum zwar nicht in eine Rezession abgleiten. Aber nahezu alle wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländer werden voraussichtlich im Winterhalbjahr 2012/13 eine kon-

junkturrelle Schwächephase erleben. Im weiteren Verlauf dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion wieder etwas beschleunigen. In vielen Schwellenländern werden dann die bereits ergriffenen oder geplanten Stimulierungsmaßnahmen für ein Anziehen der Konjunktur sorgen. Außerdem dürften die verfügbaren Einkommen in dieser Ländergruppe nach wie vor kräftig zulegen, was dem privaten Konsum zusätzliche Impulse verleihen wird. Auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden voraussichtlich leicht steigende Zuwachsraten verzeichnen. Denn zum einen wird der kontraktive fiskalpolitische Impuls im Euroraum wohl geringer als im Jahr 2012 ausfallen. Zum anderen dürfte sich die Dynamik der Binnennachfrage in den USA – nach dem fiskalpolitischen Dämpfer zu Jahresbeginn – allmählich verstärken. Trotz allem werden aber die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors in nahezu allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Expansionstempo verlangsamen.

Die Wirtschaftsleistung des Euroraums wird im Winterhalbjahr 2012/13 voraussichtlich sinken. Maßgeblich dafür sind die kontraktive Finanzpolitik, die schlechte Arbeitsmarktsituation, die restriktiven Finanzierungsbedingungen und die Unsicherheit über den Fortgang der Eurokrise. Die privaten Haushalte dürften angesichts der Notwendigkeit, ihre Verschuldung abzubauen, ihre Ausgaben zusätzlich einschränken. Soweit sich die Annahmen der Prognose realisieren, ist allerdings damit zu rechnen, dass es zu keiner weiteren Verschlechterung der Lage kommt. In der zweiten Jahreshälfte 2013 werden sich die privaten Investitionen daher voraussichtlich etwas stabilisieren. Stützend dabei werden die weiterhin expansive Geldpolitik und die sich beschleunigenden Exporte wirken. Diese dürften spürbar von der anspringenden Konjunktur in den Schwellenländern und der leicht zunehmenden Dynamik in den USA profitieren. Daher ist zu erwarten, dass die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum im Verlauf des Jahres 2013 ins Plus springt. Eine durchgreifende Erholung ist jedoch nicht in Sicht.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr voraussichtlich um 0,2 % schrumpfen. Dabei dürfte die konjunkturelle Hetero-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

genität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten im Prognosezeitraum weiter zunehmen. So wird die aggregierte Produktion in den Krisenländern (mit Ausnahme von Irland) weiter schrumpfen. Stabiler aufgestellte Volkswirtschaften wie Deutschland, Finnland und Österreich werden hingegen, nach einer merklichen Schwächephase um die Jahreswende, im weiteren Verlauf des Jahres den Abschwung hinter sich lassen.

Die schwache Konjunktur dürfte die Arbeitslosenquote im Euroraum, bei erheblichen regionalen Unterschieden, auf 12,2% steigen lassen. Angesichts der hohen Unterbeschäftigung werden die Lohnzuwächse sehr moderat ausfallen, sodass sich die Teuerungsrate sukzessive verlangsamt. Auch werden die zurückliegenden Erhöhungen der Verbrauchsteuern nach und nach an Wirkung verlieren. Daher dürfte die Inflationsrate im Jahr 2013 auf 1,8% sinken.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2012 nach gutem Start im weiteren Verlauf mehr und mehr an Fahrt verloren. Die anhaltende Unsicherheit im Gefolge der europäischen Schuldenkrise hat die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte spürbar gedämpft. Von allen Komponenten der inländischen Verwendung waren hiervon die Ausrüstungsinvestitionen am meisten betroffen; diese sind im Jahresverlauf 2012 trotz außerordentlich günstiger Finanzierungsbedingungen sehr kräftig gesunken. Auch die Investitionen in Bauten waren bis zur Jahresmitte rückläufig. Hierfür war maßgeblich, dass die öffentlichen Bauinvestitionen einbrachen, nachdem die Förderung durch die in der zurückliegenden Rezession beschlossenen Konjunkturpakete Ende 2011 ausgelaufen war. Beim Wohnungsbau wirken die niedrigen Zinsen dagegen nach wie vor anregend. Getragen wurde die Expansion insbesondere vom Außenhandel, wengleich die Impulse zuletzt merklich schwächer geworden sind.

Die konjunkturelle Tempoverlangsamung hat sich inzwischen auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zuletzt nicht mehr gestiegen, während die Arbeitszeit sogar deutlich gesunken ist. Den Unternehmen gelang es bisher, die verringerte Arbeitsnachfrage durch eine Reduktion von Überstunden und den Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten abzufedern. Dass die Arbeitslosigkeit bereits seit dem Frühjahr zugenommen hat, ist primär auf eine Reduktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen.

Im Jahresendquartal 2012 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,3% gesunken sein. Mit einem Abgleiten in eine ausgewachsene Rezession ist aber aus

heutiger Sicht nicht zu rechnen. So ist der ifo Geschäftsklimaindex im November zum ersten Mal seit sechs Monaten wieder leicht gestiegen, vor allem die Erwartungskomponente des Indikators hat sich spürbar verbessert. Für das erste Quartal 2013 ist daher mit einer leichten Erholung zu rechnen; das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 0,2% zunehmen. Per saldo wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr 2012/13 ungefähr stagnieren.

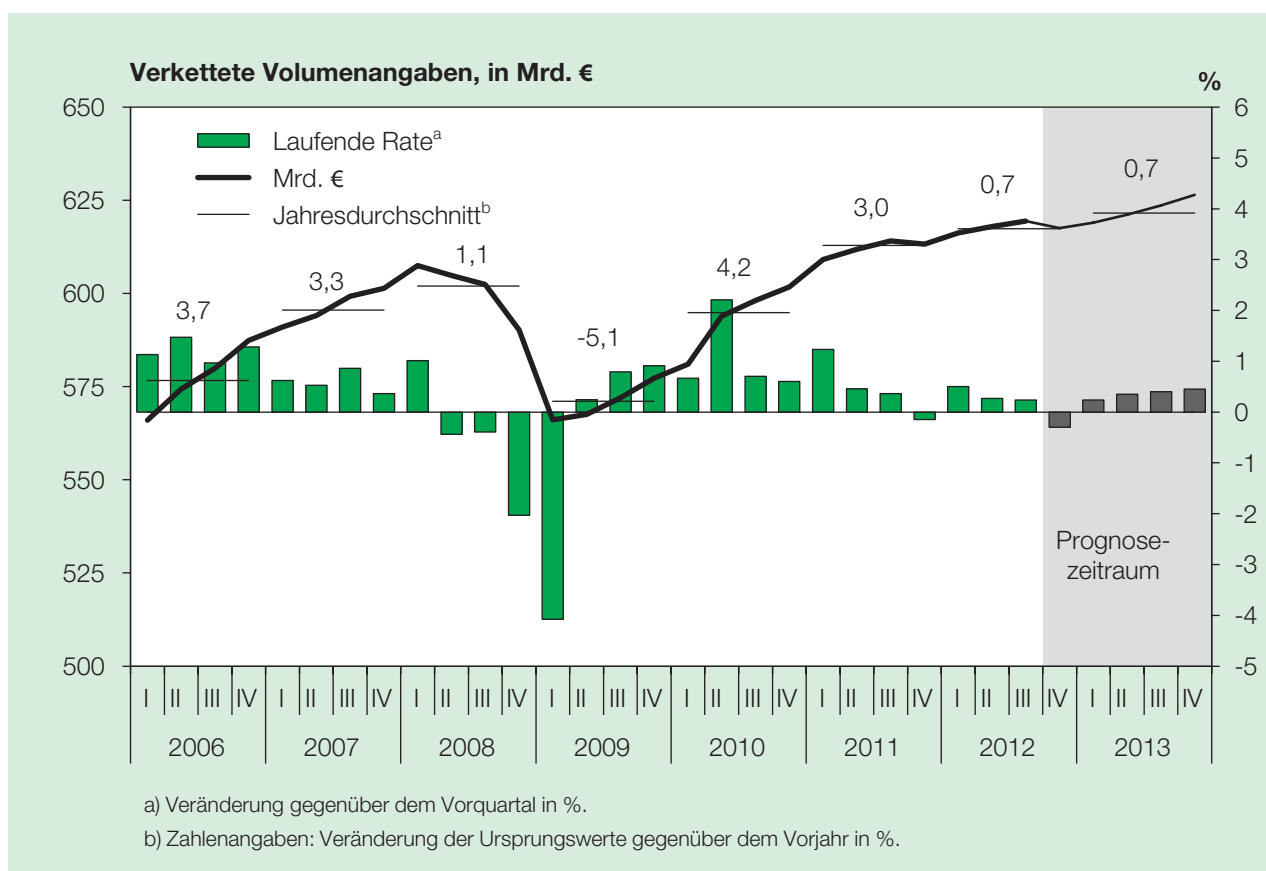
Box: Annahmen der Prognose

- Der Brent-Ölpreis wird im Jahr 2013 rund 112 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro wird im laufenden Jahr bei 1,28 US-\$ liegen.
- Der Welthandel wird in diesem Jahr um 3,6% expandieren.
- Im Prognosezeitraum wird es zu keiner weiteren Eskalation der europäischen Schuldenkrise kommen (vgl. Abschnitt „Weltwirtschaftliches Umfeld“).

Im weiteren Verlauf des Jahres 2013 dürfte der Aufschwung wieder einsetzen. Sollte sich nämlich – wie im Basisszenario unterstellt – die Eurokrise nicht verschärfen, kommen die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte und die zunehmende außereuropäische Nachfrage nach deutschen Exportgütern wieder zum Tragen. In der Folge dürften der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen wieder merklich anziehen. Auch die Exporte werden dann wieder zunehmen. Dass vom Außenhandel dennoch per saldo wohl kein unmittelbarer Beitrag für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts ausgehen wird, liegt daran, dass die Importe angesichts der lebhafteren Binnennachfrage gleichermaßen ausgeweitet werden dürften.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des vergangenen Jahres um 0,7% gestiegen sein. Im Verlauf des Jahres 2013 wird es dann aber spürbar beschleunigt um 1,4% zulegen. Aufgrund der durch das schwache Winterhalbjahr bedingten niedrigen Ausgangsbasis ergibt sich im Jahresdurchschnitt jedoch ebenfalls nur eine Zuwachsrate von 0,7% (vgl. Abb. 1). Im Vergleich zur Prognose des IFO INSTITUTS von Juni 2012 bedeutet dies eine deutliche Abwärtskorrektur. Sie ist darin begründet, dass die Eurokrise die deutsche Konjunktur nach aktueller Einschätzung später als erwartet aus dem Tritt bringt, und zwar im laufenden Winterhalbjahr statt im vergangenen Sommer. Der so verzögerte Aufschwung setzt nach aktuellem Prognosestand erst im Verlauf von 2013 ein.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zurzeit beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, ±1,3 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden konkreten Punktprognose von 0,7% reicht das Intervall damit also von -0,6% bis 2,0%.

Der Beschäftigungsaufbau wird im Prognosezeitraum nicht nennenswert in Gang kommen. So dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2013 lediglich um 35.000 Personen über dem Vorjahresniveau liegen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Winterhalbjahr 2012/13 zunehmen, im weiteren Jahresverlauf aber allmählich wieder sinken. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2013 aber ein Anstieg um 60.000 Personen. Die Arbeitslosenquote dürfte sich leicht von 6,8% im Jahr 2012 auf 6,9% im Jahr 2013 erhöhen (vgl. Tab. 1).

Die Inflationsrate, die sich im Jahr 2012 auf 2,0% belaufen hat, dürfte in diesem Jahr auf 1,6% sinken. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit in Relation zum nomina-

len Bruttoinlandsprodukt wird sich 2013 voraussichtlich auf 0,1% belaufen, die Bruttoschuldenquote dürfte bei 80 1/2% liegen.

Die Entwicklung im Einzelnen

Deutscher Leistungsbilanzüberschuss steigt auf Vorkrisenniveau

Trotz des ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfelds nahmen die deutschen Exporte in den ersten drei Quartalen 2012 merklich zu. Dabei wurde die Belastung durch die Rezession im Euroraum – die Warenausfuhren dorthin gingen um 1% gegenüber dem Vorjahr zurück – mehr als kompensiert durch die expansive Nachfrage aus Asien und aus den USA: Gestützt wurde die Entwicklung durch eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Für das vierte Quartal 2012 ist mit einem Rückgang der Exporte um 0,8% zu rechnen. Darauf deuten zum einen die ifo Exporterwartungen hin, die zwischen Juni und Oktober kontinuierlich gefallen sind. Zum anderen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

| | 2010 | 2011 | 2012 ¹ | 2013 ¹ |
|---|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a | | | | |
| Private Konsumausgaben | 0,9 | 1,7 | 0,6 | 0,7 |
| Konsumausgaben des Staates | 1,7 | 1,0 | 1,0 | 0,9 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 5,9 | 6,2 | -2,3 | 0,7 |
| Ausrüstungen | 1,3 | 7,0 | -5,5 | -2,7 |
| Bauten | 3,2 | 5,8 | -0,5 | 2,5 |
| Sonstige Anlagen | 3,3 | 3,9 | 3,0 | 4,2 |
| Inländische Verwendung | 2,6 | 2,6 | -0,3 | 0,7 |
| Exporte | 13,7 | 7,8 | 4,0 | 3,0 |
| Importe | 11,1 | 7,4 | 2,1 | 3,3 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 4,2 | 3,0 | 0,7 | 0,7 |
| Erwerbstätige ^b (1.000 Personen) | 40.603 | 41.164 | 41.561 | 41.596 |
| Arbeitslose (1.000 Personen) | 3.238 | 2.976 | 2.897 | 2.957 |
| Arbeitslosenquote ^c (in %) | 7,7 | 7,1 | 6,8 | 6,9 |
| Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,1 | 2,3 | 2,0 | 1,6 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^e | | | | |
| – in Mrd. € | -103,6 | -19,7 | -1,4 | -3,6 |
| – in % des Bruttoinlandsprodukts | -4,1 | -0,8 | -0,1 | -0,1 |
| Leistungsbilanzsaldo | | | | |
| – in Mrd. € | 150,7 | 147,2 | 168,5 | 178,0 |
| – in % des Bruttoinlandsprodukts | 6,0 | 5,7 | 6,4 | 6,6 |
| 1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definitionen gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). | | | | |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Quartal deutlich zurückgegangen. Vor allem die Bestellungen aus der Eurozone wurden stark zurückgefahren. Zu Beginn des Jahres 2013 dürfte die Exportentwicklung noch durch die Eurokrise belastet werden, jedoch ist mit keinen weiteren Rückgängen der Ausfuhren zu rechnen. Die Impulse aus Asien, insbesondere die robuste Konjunktur in China, wirken im Jahresverlauf ver-

stärkt stimulierend. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Verlauf des Jahres 2013 verschlechtern und somit die Ausfuhr eher dämpfen. Die deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird jedoch noch eine Zeit lang nachwirken. Insgesamt ist mit einem Zuwachs des realen Exports um 3,0% im Jahr 2013 zu rechnen.

Außenwirtschaftliches Umfeld belastet Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Sommerhalbjahr spürbar zurückgegangen; im Vergleich zum Vorquartal sanken sie im zweiten Quartal um 4 % und im dritten Quartal um 2 %. Die Rezession im Euroraum und die sich abkühlende Weltkonjunktur haben die Absatz- und Gewinnerwartungen deutlich eingetrübt. Im laufenden Winterhalbjahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen weiter abnehmen. Insbesondere die schwache Absatzentwicklung im Euroraum hat sich in einem Rückgang der Kapazitätsauslastung sowie des Order-Capacity-Indexes niedergeschlagen. Daher besteht derzeit kein Anreiz für Erweiterungsinvestitionen. Auf sinkende Investitionen deuten zudem Frühindikatoren wie die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe sowie für inländische Investitionsgüter hin, die allesamt zuletzt rückläufig gewesen sind.

Mehrere Faktoren sprechen dafür, dass die Ausrüstungsinvestitionen ab dem zweiten Quartal 2013 wieder zulegen werden. So dürfte sich die konjunkturelle Lage im Euroraum nicht weiter verschlechtern. Daneben werden die expansiven Impulse aus Asien und den USA auf die Exportindustrie wieder größer. Die damit einhergehende stärkere Auslastung der Kapazitäten wird sich voraussichtlich in einer Aufhellung der Absatz- und Gewinnerwartungen niederschlagen und somit das Investitionsklima aufhellen. Stützend wirken zudem die robuste Binnennachfrage sowie die exzellenten Finanzierungsbedingungen für die Firmen. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf 2013 um 3,5 % steigen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns ergibt sich für den Jahresdurchschnitt jedoch ein Minus von 2,7 %.

Wohnungsbau top, Wirtschaftsbau flop

Die Bauinvestitionen dürften im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen sein. Nach Bausparten differenziert zeigte sich die Konjunktur dabei gespalten. Die robuste Arbeitsmarktlage, günstige Einkommensaussichten, niedrige Zinsen sowie die Flucht in Sachwerte beflügelten den privaten Wohnungsbau. Dagegen belastete die Unsicherheit in Folge der Eurokrise den Unternehmensbau. Zudem brachen die öffentlichen Bauinvestitionen nach Auslaufen der Konjunkturprogramme dramatisch ein.

Der *Wohnungsbau* legte im Jahresverlauf 2012 deutlich zu. Im Prognosezeitraum dürfte sich – bei weiterhin steigenden Einkommen und niedrigen Hypothekenzinsen – die Expansion fortsetzen. Darauf deuten Frühindikatoren wie die Baugenehmigungen und der Auf-

tragsbestand hin, Insgesamt dürfte der Wohnungsbau in diesem Jahr um 3,5 % zulegen.

Nach einem guten Jahresbeginn sind die *gewerblichen Bauinvestitionen* im vergangenen Sommer zurückgefahren worden. Die Unsicherheit bezüglich der Absatz- und Gewinnerwartungen hat deutlich zugenommen. Im Prognosezeitraum dürften diese negativen Faktoren weiter wirken. Dies spiegelt sich in den Baugenehmigungen wider, die am aktuellen Rand rückläufig sind. Alles in allem werden die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2013 um etwa 0,5 % schrumpfen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* haben sich bisher noch nicht vom schwachen Jahresauftakt 2012 erholt, der eine Folge der ausgelaufenen Konjunkturprogramme war. Als zusätzlicher Belastungsfaktor erwies sich die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen. Im Prognosezeitraum dürfte die Unterfinanzierung vieler Kommunen zwar weiterhin einen Hemmfaktor darstellen, der aber nach und nach an Gewicht verlieren dürfte. Insgesamt werden die öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr, insbesondere wegen des Nachholbedarfs im Tiefbau, um knapp 5 % steigen.

Über alle Bausparten hinweg gerechnet dürften die Investitionen in Bauten in diesem Jahr aufgrund des kräftigen Wohnungsbaus um 2,5 % expandieren.

Langsame Ausweitung des privaten Konsums

Der private Konsum, der im ersten Halbjahr 2012 lediglich stagniert hat, ist im dritten Quartal wieder etwas gestiegen. Maßgeblich hierfür war der leichte Rückgang der Sparquote, von den verfügbaren realen Einkommen gingen dagegen keine Impulse aus. Höhere reale Ausgaben wurden für Nahrungsmittel, für Bekleidung und Schuhe sowie für Verkehr und Nachrichtenübermittlung registriert. Dagegen sind die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur real gesunken.

Auch im laufenden Jahr wird der private Konsum nur verhalten zulegen. Die Tarifverdienste auf Stundenbasis werden nicht mehr so rasch wie in diesem Jahr steigen, noch langsamer werden die Bruttolöhne je Beschäftigten bei leicht negativer Lohndrift expandieren. Da zudem die Belegschaften kaum noch ausgeweitet werden, dürften die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe nur noch 2,3 % zunehmen. Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben ergibt sich eine Steigerung um 2,4 %, wobei die Senkung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung um per saldo 0,3 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil) berücksichtigt worden ist. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden nur verhalten zulegen, dämpfend wirken die niedrigen Zinsen und die insgesamt schwache Konjunktur. Die monetären Sozial-

leistungen dürften dagegen rascher ausgeweitet werden. So werden die Altersrenten zur Jahresmitte spürbar angehoben, zudem wird ein Betreuungsgeld für Eltern eingeführt, die nicht eine Kindertagesstätte in Anspruch nehmen. Insgesamt dürften sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2013 nominal um 2,2% und real um 0,8% erhöhen. Bei einer im Jahresdurchschnitt marginal höheren Sparquote dürften die privaten Konsumausgaben nur um 0,7% expandieren.

Preisauftrieb lässt langsam nach

Das Verbraucherpreisniveau ist im vergangenen Jahr unter Schwankungen, die das Auf und Ab der Rohölnotierungen und der Wechselkurse widerspiegeln, weiter gestiegen. Im November wurde das Vorjahresniveau um 1,9% überschritten. Hierzu trugen zu einem Teil die höheren Preise für leichtes Heizöl (4,0%), Fernwärme (7,6%) und Kraftstoffe (3,0%) bei. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich kräftig (4,2%).

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau verlangsamt steigen. Von den Rohölnotierungen geht annahmegemäß kein neuer gravierender Preisdruck aus, allerdings werden sich die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und die Umlagen für Fernwärme noch weiter erhöhen. Für viele Gasnetze werden zudem die Durchleitungsgebühren angehoben. Auch beim Strom werden die Tarife kräftig erhöht. Die Umlage für erneuerbare Energien steigt ab Januar von derzeit 3,6 auf 5,3 Cent. Hinzu kommen höhere Netzentgelte, überdies sollen Entschädigungen für Windparkbetreiber im Falle von Netzabschaltungen teilweise auf private Kunden umgelegt werden. Schließlich wird zum Jahresanfang die Tabaksteuer erneut angehoben. Gegenzurechnen ist allerdings, dass die Preiserhöhungsspielräume vieler Unternehmen angesichts des konjunkturellen Abschwungs recht begrenzt sein dürften. Ferner werden zum Jahresanfang die Praxisgebühren abgeschafft. Insgesamt dürften sich die Verbraucherpreise, die im Jahresdurchschnitt 2012 um 2,0% gestiegen sind, im laufenden Jahr um 1,6% erhöhen. Ohne Energieträger gerechnet dürfte sich der Warenkorb im laufenden Jahr um 1,5% verteuern.

Lohnanstieg schwächt sich ab

Die gute Arbeitsmarktlage hat dazu geführt, dass die Löhne im Jahr 2012 schneller gestiegen sind als im Vorjahr. Zwar sind tarifliche Einmalzahlungen weggefallen, aber die tariflich ausgehandelte Grundvergütung lag im dritten Quartal um rund 3% über dem Vorjahresniveau,

sodass die Tabellenentgelte insgesamt um 2,7% höher lagen als vor Jahresfrist. Die Effektivlöhne stiegen in der ersten Jahreshälfte deutlicher als die Tarifentgelte, da aufgrund der guten Auftragslage außertarifliche Sonderzahlungen geleistet wurden. Diese Entwicklung hat sich allerdings nicht fortgesetzt, sodass die Lohndrift im Zuge der schwächeren Arbeitsnachfrage im Sommer auf null zurückgegangen ist.

Für das Jahr 2013 liegt für die Angestellten im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden bereits ein Tarifabschluss vor; im Januar und im August erfolgt eine Stufenerhöhung der Gehälter um jeweils 1,4%. Zudem werden in vielen gewichtigen Bereichen neue Tarifverträge ausgehandelt. Im Januar beginnen die Tarifverhandlungen für die 700.000 Beschäftigten des Öffentlichen Diensts der Länder. Im Laufe des Frühjahrs folgen dann unter anderem die Verhandlungen für die 3,3 Mill. Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie, für das Bauhauptgewerbe mit rund 560.000 Beschäftigten und für einige Bereiche des Einzelhandels. In Folge der schlechten Auftragslage vieler Unternehmen dürften die Abschlüsse wieder stärker das Motiv der Beschäftigungssicherung verfolgen. Alles in allem werden die monatlichen Tariflöhne im Jahr 2013 mit 2,3% wohl weniger stark zunehmen als im vergangenen Jahr. Der Rückgang der Lohndrift wird sich fortsetzen, da selbst bei Besserung der Auftragslage weniger Sonderzahlungen als zuvor geleistet werden dürften. Vor diesem Hintergrund verliert der Effektivlohnanstieg deutlich an Schwung. Für den Stundenlohn ergibt sich ein etwas kräftigerer Zuwachs, da die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit weiter sinken dürfte. Die realen Kosten für eine Arbeitsstunde dürften im Jahr 2013 um 0,8% zulegen. Alles in allem werden damit von der Kostenseite im Prognosezeitraum keine positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage ausgehen.

Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle

Die negativen Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise haben die Arbeitsnachfrage im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt. Dabei war das Arbeitsvolumen stark rückläufig und der Beschäftigungsaufbau hat sich deutlich verlangsamt. Bei alledem ist die Zahl der Arbeitslosen seit dem Tiefststand im März 2012 bis November um 80.000 gestiegen. Ein Grund hierfür war, dass das Angebot an Arbeitskräften weiter zugenommen hat. Zum einen dürfte eine verstärkte Zuwanderung aus den EU-8 und den krisengeschüttelten EU-Mitgliedsstaaten das Arbeitsangebot erhöht haben. Zum anderen ist die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreform deutlich gesunken.

Angesichts der fortschwellenden Eurokrise wird die Arbeitsnachfrage im laufenden Jahr zunächst schwach bleiben und nur allmählich anziehen. Zudem dürften die höheren Lohnkosten die Einstellungsbereitschaft in vielen Bereichen bremsen. Auch aufgrund des niedrigen Wertes zu Jahresbeginn dürfte das Arbeitsvolumen im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,5% sinken. Die Ausweitung der Produktion wird zunächst dazu führen, dass Guthaben auf Arbeitszeitkonten gefüllt werden und Kurzarbeit abgebaut wird. Dadurch steigt die durchschnittliche Arbeitszeit im Verlauf spürbar; jahresdurchschnittlich ergibt sich dennoch ein Rückgang um 0,5%. Bei alledem stagniert die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der Selbstständigen nimmt

ebenfalls kaum mehr zu, auch weil die Förderung durch die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT weiter zurückgeführt werden dürfte. Demgegenüber dürfte der Rückgang der Minijobs wohl zum Ende kommen. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 voraussichtlich nur um 35.000 Personen (0,1%) über dem Vorjahresniveau liegen (vgl. Tab. 2).

Inwiefern dies die Zahl der Arbeitslosen beeinflusst, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Zwar wird sich Zuwanderung aus der EU fortsetzen. Gleichzeitig dürften aber nicht mehr so viele Personen aus der Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen, da die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur noch wenig reduziert wird und es für

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

| Deutschland | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|--|--------|--------|--------|--------|
| Arbeitsvolumen (Mill. Stunden) | 57.110 | 57.887 | 58.040 | 57.776 |
| Erwerbstätige Inländer | 40.556 | 41.116 | 41.508 | 41.540 |
| Arbeitnehmer | 36.073 | 36.577 | 36.963 | 37.005 |
| darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | 27.757 | 28.440 | 28.960 | 29.020 |
| darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a | 260 | 197 | 159 | 159 |
| Marginal Beschäftigte | 5.883 | 5.763 | 6.555 | 5.628 |
| darunter: Minijobs | 4.883 | 4.865 | 4.795 | 4.780 |
| 1-Euro-Jobs ^b | 260 | 166 | 127 | 115 |
| Selbständige | 4.493 | 4.539 | 4.545 | 4.535 |
| darunter: Geförderte Selbstständige ^c | 154 | 136 | 74 | 25 |
| Pendlersaldo | 37 | 48 | 53 | 56 |
| Erwerbstätige Inland | 40.603 | 41.164 | 41.561 | 41.596 |
| Arbeitslose | 3.238 | 2.976 | 2.897 | 2.957 |
| Arbeitslosenquote ^d | 7,7 | 7,1 | 6,8 | 6,9 |
| Erwerbslose ^e | 2.946 | 2.502 | 2.322 | 2.289 |
| Erwerbslosenquote ^f | 6,8 | 5,7 | 5,3 | 5,2 |

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss (inkl. §§ 88, 90 und 131 SGB III), Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere, Beschäftigungsphase Bürgerarbeit, Eingliederungsgutschein.
b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschuss, Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO.
f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

arbeitsmarktferne Personen bei nachlassender Arbeitsmarktdynamik schwieriger wird, eine Arbeit aufzunehmen. Schließlich ist zu erwarten, dass die demographische Komponente für sich genommen das Arbeitsangebot spürbar reduziert. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Verlauf des Jahres 2013 wohl allmählich wieder abnehmen. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus ergibt sich in der Jahresdurchschnittsbetrachtung dagegen eine Zunahme um 60.000 Personen, und die Arbeitslosenquote erhöht sich leicht auf 6,9 %.

Staatshaushalt nahezu ausgeglichen

Das staatliche Budgetdefizit ist im Jahr 2011 aufgrund der sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung und des finanzpolitischen Konsolidierungskurses deutlich gesunken (von 4,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 auf 0,8 % im Jahr 2011). Im Jahr 2012 hat sich die Finanzlage des Staates erneut verbessert. So sind die finanziellen Belastungen des Konjunkturprogramms zum Ende des Jahres 2011 endgültig ausgelaufen. Vor allem aber wirken die automatischen Budgeteffekte konsolidierend.

Im Jahr 2013 wird sich die Finanzlage des Staates voraussichtlich nicht weiter verbessern. Zum einen gehen von der Konjunktur belastende Wirkungen aus. Zum anderen wirkt die Finanzpolitik im kommenden Jahr zunehmend expansiv. Insbesondere die merkliche Reduktion der Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % wirkt defiziterhöhend. Zudem wird die Praxisgebühr abgeschafft und ein Betreuungsgeld für Kinder als zusätzliche Transferleistung eingeführt.

Die Staatseinnahmen werden mit 2,1 % wohl nur noch moderat steigen. Zwar dürfte das Steueraufkommen überproportional zulegen, weil die Progression ungebremst wirken kann. Dagegen werden die Sozial-

beiträge nur leicht zunehmen. Die Vermögenseinkommen des Staates dürften hingegen wieder steigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Portfolio der zum Staat gehörenden ERSTEN ABWICKLUNGSANSTALT (EAA) zum 01. Juli 2012 aufgestockt wurde und die entsprechenden Zinszahlungen nun als staatliche Zinserträge verbucht werden.

Die Staatsausgaben dürften im Jahr 2013 um 2,3 % zunehmen. So ist damit zu rechnen, dass die Konsolidierungsbemühungen aufgrund der insgesamt verbesserten Finanzlage nachlassen und die staatlichen Leistungen, z. B. bei der Pflegeversicherung, ausgeweitet werden. Die monetären Sozialleistungen werden wohl um 1,9 % steigen. So werden die Renten zur Jahresmitte voraussichtlich um 1 % in den alten Bundesländern, und um 3 % in den neuen Bundesländern erhöht. Das neue Betreuungsgeld sowie die Abschaffung der Praxisgebühr wirken ebenfalls ausgabensteigernd. Die Zinsausgaben des Staates dürften dagegen sinken, da der Staat weiterhin von außergewöhnlich günstigen Zinskonditionen profitiert.

Insgesamt dürfte sich das Budgetdefizit im Jahr 2013 – wie schon im Jahr 2012 – auf 0,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts belaufen. Die staatliche Bruttoschuldenquote wird von 80 ½ % im Jahr 2011 voraussichtlich auf 77 ½ % im Jahr 2013 sinken. Allerdings wird der defizitbedingt angelegte Rückgang der Schuldenquote durch Sondereffekte aus der Finanz- und Eurokrise überlagert, die den staatlichen Bruttoschuldenstand erhöhen. Unter Berücksichtigung dieser Sondereffekte dürfte die Quote im Jahr 2013 bei rund 80 ½ % zu liegen kommen. Dabei ist berücksichtigt, dass die Portfolios der staatlichen Bad Banks langsam abgeschmolzen werden.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2012. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, T. O. Berg et al., ifo Konjunkturprognose 2012/2013: Eurokrise verzögert Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 24/2012, 64. Jg., S. 15–65.